Übersetzung

Postkoloniale Ungleichheiten im globalen Entdemokratisierungsprozess

Die Abwesenheit des Globalen Südens in der Debatte um die Krise liberaler Demokratien

Luciana Ballestrin*

Übersetzung aus dem brasilianischen Portugiesisch von Teresa Otten Dionísio

Die Diagnose einer Krise liberaler Demokratien hat sich insbesondere in den letzten fünf Jahren quantitativ wie qualitativ in einer Weise durchgesetzt, dass sie zu einem unumgänglichen Topos für Theoretiker*innen wie für Verfechter*innen der liberalen Demokratie geworden ist. Zwar hatten verschiedenste Stränge der Politikwissenschaft, der Politischen Theorie und der politischen Philosophie bereits seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf die Schwächen liberal-demokratischer Regime hingewiesen. Doch der Befund, dass sich die Demokratie weltweit auf dem Rückzug befinde, wurde erst in jüngster Zeit vorgelegt. Vor allem der Sieg des Milliardärs und Geschäftsmannes Donald Trump in der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2016 stellte das bis dahin hegemoniale Modell der repräsentativen, liberalen und pluralistischen Demokratie, das sich im Zuge der neoliberalen Globalisierung seit dem Ende des Kalten Krieges verbreitet hatte, auf den Kopf. Komplementäre Entwürfe wie beispielsweise die partizipatorische, deliberative oder radikale Demokratie stellen zwar eine Erweiterung der liberalen Demokratie dar. Jedoch stellt keiner von ihnen das Prinzip der Repräsentation oder die marktwirtschaftliche Prämisse der Demokratie grundsätzlich in Frage. Die öffentliche und theoretische Bedeutung dieser Debatte liegt zum einen darin, neue Formen des Autoritarismus, die sich innerhalb liberaler Demokratien herausgebildet haben – gewissermaßen den demokratischen Tod der Demokratie –, sichtbar zu machen. Zum anderen ermöglicht sie es, die politische Krise zum strategischen Ausgangspunkt einer Analyse multipler und miteinander verbundener Krisen zu machen, insofern wir unter Politik Institutionen, Praktiken und Diskurse für die Organisation des kollektiven und immer auch konflikthaften Lebens verstehen (vgl. Mouffe 2000). Mit dem Erstarken von antipolitischem Verhalten und antidemokratischen Werten wird die moralische Grenzziehung zwischen dem Überleben der Demokratie, der menschlichen Konvivialität, der sozialen Mobilität und dem Umweltschutz immer fragwürdiger. Zudem hat die humanitäre Katastrophe, die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöst wurde, bereits bestehende ökonomische, migrationsbezogene, gesundheitliche, ökologische, wissenschaftliche sowie klimatische Probleme der Weltgesellschaft verschärft. Das Ausmaß, die Tragweite und das Ineinandergreifen derart vieler Krisen erzeugen das Gefühl einer apokalyptischen, verrohten, dystopi-

* Luciana Ballestrin, Universidade Federal de Pelotas, Brasilien
Kontakt: luciana.ballestrin@ufpel.edu.br

 https://doi.org/10.3224/zpth.v12i2.02